



„Rettenprogramm Pflege“

30.11.2023 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, ein „Rettenprogramm Pflege“ einzurichten. „Die Pflege in NRW brennt lichterloh“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/6850), über den die Abgeordneten beraten haben. „Träger stehen vor dem finanziellen Bankrott.“ Ausbildungszahlen gingen zurück. Pflegekräfte stünden am Rande des Belastbaren. Zugleich stiegen die Eigenanteile in der stationären Pflege „ins Unbezahlbare“. Bei Pflegeeinrichtungen gebe es derzeit viermal so viele Insolvenzen wie im Vorjahr. Die Landesregierung müsse daher einen „landeseigenen Schutzschirm in Höhe von 80 Millionen Euro zum Erhalt der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen“ auflegen. Die sehr hohen Eigenanteile an Pflegeheimkosten müssten reduziert werden. Der „fatalen“ Entwicklung zurückgehender Ausbildungszahlen sei entgegenzuwirken. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Feuerwehr und Ruhestand

30.11.2023 – Feuerwehrbeamtinnen und -beamte sollen weiterhin mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können. Dies fordern die Fraktionen von SPD und FDP. Hintergrund: Die Landesregierung plane eine Anhebung je nach Laufbahngruppe auf 61 bzw. 62 Jahre. Damit wolle sie u. a. auf den Fachkräftemangel reagieren. Die Pläne stießen bei den Feuerwehrleuten auf „breite Ablehnung und vehementen Widerstand“, heißt es im Antrag (18/6761) der FDP-Fraktion. Angesichts ständig steigender Herausforderungen und einer „immer größer werdenden körperlichen Belastung“ seien eine bestmögliche Ausstattung, Unterstützung und Wertschätzung erforderlich – nicht jedoch eine Anhebung der Altersgrenze. Ähnlich äußerte sich die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/6854). Die physischen und psychi-

schen Belastungen der Beamtinnen und Beamten seien sehr hoch, die derzeitige Altersgrenze „in jeder Hinsicht angemessen“. Eine Anhebung wäre laut SPD ein „Mangel an Wertschätzung für unsere Feuerwehrkräfte, die sich täglich für uns alle aufopfern“. Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und Grünen abgelehnt, SPD, FDP und AfD hatten für den Antrag gestimmt. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 70 Abgeordnete hatten für den Antrag gestimmt, 95 dagegen.

Corona-Hilfen

30.11.2023 – Der Landtag hat einen Antrag (18/6837) der AfD-Fraktion abgelehnt, der sich mit Rückforderungen von „Corona-Soforthilfen“ befasst. „Nach drei Jahren bleiben die Probleme um die Rückforderung der Corona-Soforthilfen in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern weiterhin ungelöst“, heißt es im Antrag. Mit mehr als 430.000 bewilligten Anträgen und Zuschüssen von rund 4,5 Milliarden Euro habe es sich bei den Corona-Soforthilfen um das größte Hilfsprogramm der Landesgeschichte gehandelt. Bei Empfängerinnen und Empfängern hätten Rückforderungsbescheide des Landes im Nachgang allerdings für „enormen Ärger“ gesorgt. Laut aktueller Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen dürfe das Land zu viel gezahlte Beträge zurückfordern. Die Landesregierung müsse das Verfahren „fair und nachvollziehbar“ gestalten sowie „Rechtssicherheit und Klarheit“ schaffen, fordert die AfD in ihrem Antrag. Dagegen stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP.

Endometriose

30.11.2023 – Der Landtag hat Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Endometriose-

Betroffenen beschlossen. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/6842) wurde einstimmig angenommen. Bei der Endometriose handelt es sich um eine gynäkologische Erkrankung, die bislang nicht wissenschaftlich geklärt ist und laut Antrag bei bis zu 15 Prozent aller Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter auftritt. Die Beschwerden gingen mit „erheblichen Einschränkungen im privaten und beruflichen Alltag sowie einer Beeinträchtigung der Lebensqualität einher“. Oft seien weder Ärztinnen und Ärzte noch Patientinnen ausreichend über Endometriose aufgeklärt. Der Landtag beauftragt daher die Landesregierung u. a., gemeinsam mit den Ärztekammern zu prüfen, inwieweit das Thema in der Fort- und Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres medizinisches Fachpersonal angeboten werde. Geprüft werden müsse auch, ob Endometriose Gegenstand von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte sein könne.

Hochschulen

1.12.2023 – Der Landtag will vor dem Hintergrund des Nahost-Krieges jüdische und israelische Studierende in NRW besser schützen. Es gebe Berichte über antisemitische und antiisraelische Äußerungen an Hochschulen, die so weit gingen, dass sich jüdische und israelische Studierende nicht mehr sicher fühlten, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/6843, 2. Neudruck). Und weiter: „Es kann nicht geduldet werden, dass Jüdinnen und Juden ihr Studium in einem Klima der Angst durchführen müssen.“ Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, gemeinsam mit den Hochschulen „ein neues, zentrales Angebot einzurichten, das insbesondere jüdischen Studierenden in Nordrhein-Westfalen sowie weiteren vom Krieg im Nahen Osten betroffenen



Studierenden Hilfe bietet, insbesondere eine psychosoziale Beratung“. Es soll zudem ein Vorschlag erarbeitet werden, „wie die Regelungen gegen Diskriminierung im Hochschulgesetz weiterentwickelt werden können, um insbesondere Studierenden einen effektiven Diskriminierungs- und Verletzenschutz zu gewährleisten“. Der Antrag wurde bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Abschiebestopp

13.12.2023 – Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dass Angehörige der religiös-ethnischen Minderheit der Jesidinnen und Jesiden nicht mehr abgeschoben werden dürfen. Der Bundestag habe im Januar einen Antrag beschlossen, der die Verbrechen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) an den Jesidinnen und Jesiden 2014 im Nordirak als Völkermord anerkenne, heißt es in dem Antrag (18/7199). Tausende Menschen seien durch den IS verschleppt, vergewaltigt, versklavt und ermordet worden. Tausende seien aus dem Irak vertrieben worden oder seien geflohen. Nordrhein-Westfalen müsse daher „einen sofortigen Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden“ erlassen. Dieser solle im Irak auf unbestimmte Zeit gelten. Die SPD fordert die Landesregierung zudem auf, sich für eine bundesweite Aussetzung der Abschiebungen einzusetzen. Gemeinsam mit der Bundesregierung müsse die Landesregierung eine langfristige Lösung für Jesidinnen und Jesiden mit unsicherem Aufenthaltsstatus erarbeiten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 93 Abgeordnete stimmten dagegen, 58 dafür bei 12 Enthaltungen.

Flughäfen

13.12.2023 – Eine geplante Anhebung der sogenannten Luftsicherheitsgebühren stößt auf die Kritik der FDP-Fraktion. Laut Antrag

(18/7204) werden diese Gebühren für die Sicherheitskontrollen an Flughäfen erhoben und von den Fluggesellschaften an die Passagierinnen und Passagiere weitergegeben. Der Rahmen liege derzeit bei 2 bis 10 Euro pro Fluggast, die meisten Flughäfen bewegten sich aber bereits oberhalb dieses Deckels. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine vom Bund geplante Änderung der Gebührenverordnung im Bundesrat abzulehnen. Diese sehe von Februar 2024 bis Dezember 2026 Sicherheitsgebühren zwischen 4,50 Euro und 15 Euro vor, ab 1. Januar 2027 dann zwischen 4,50 Euro und 20 Euro. „Dieses Vorhaben würde das Problem der hohen Standortkosten für den Luftverkehr in Deutschland im Allgemeinen und in Nordrhein-Westfalen im Speziellen weiter verschärfen. Bereits heute belegen deutsche Flughäfen europaweit Spitzenplätze, wenn es um die Belastung mit Steuern und staatlichen Gebühren geht“, argumentiert die FDP. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. FDP und AfD stimmten dafür.

Lehrerausbildung

13.12.2023 – Lehrkräfte, die bereits eine andere Lehramtsbefähigung erworben haben, können auch weiterhin die Befähigung für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung durch eine berufsbegleitende Ausbildung erwerben. Eine entsprechende Regelung im Lehrerausbildungsgesetz wurde vom Landtag mit Mehrheit bis 31. Dezember 2025 verlängert (18/6883). 2025 soll es dann eine Evaluation der Regelung geben. Der Mangel an Kräften für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung sei eine der größten Herausforderungen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung. Und weiter: „Der Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, Erziehung

und individuelle Förderung (§ 1 Schulgesetz) kann nur erfüllt werden, wenn eine hinreichende Anzahl gut ausgebildeter Lehrkräfte zur Verfügung steht.“

„Makrocriminalität“

13.12.2023 – Die AfD-Fraktion fordert die Einrichtung einer Professur für „Makrocriminalität“ in Nordrhein-Westfalen. Ein entsprechender Antrag (18/7212) der Fraktion wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. Die wissenschaftliche Erforschung der Makrocriminalität sei notwendig, um Kriegsverbrechen und andere Formen kollektiver Gewalt zu erfassen, aufzuarbeiten „und so aus Deutschland heraus einen Beitrag zur Gerechtigkeit und zum Frieden in der Welt zu leisten“, heißt es im Antrag. Die Fraktion führt als Beispiele Berichte über Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel an.

Schutz jüdischer Einrichtungen

13.12.2023 – Das Land Nordrhein-Westfalen wird die jüdischen Landesverbände von 2024 an mit jährlich 23,5 Millionen Euro unterstützen. Das sind rund 5 Millionen Euro mehr als bisher. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/7169, Neudruck) der Landesregierung hat der Landtag einstimmig beschlossen. Hintergrund seien zusätzliche Sicherheitsleistungen (Wachdienste) an jüdischen Einrichtungen angesichts „zunehmender antisemitischer Tendenzen in der Gesellschaft“, heißt es in der Gesetzesvorlage. Im Haushalt 2024 seien einmalig weitere 1,5 Millionen Euro für Schutzmaßnahmen vorgesehen, „um auf die außergewöhnliche antisemitische Bedrohungslage im Nachgang des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu reagieren“.



Politische Bildung

14.12.2023 – Der Landeszentrale für politische Bildung drohe ein „personeller und finanzieller Kahlschlag von historischem Ausmaß“, heißt es in einem Antrag (18/7198) der SPD-Fraktion. Hintergrund seien Umstrukturierungen, die die Landesregierung plane. Vorgesehen seien eine neue Stabsstelle im Wissenschaftsministerium und die Auslagerung des Bereichs „Erinnerungskultur“ ins Ministerium. Dies koste die Landeszentrale insgesamt 14 Mitarbeitende. Der Einrichtung blieben damit nur noch fünf Referentenstellen sowie 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei dies „unverhältnismäßig wenig“. Es müsse gewährleistet sein, „dass eine Einrichtung der politischen Bildung immer – aber besonders in Zeiten eines steigenden Extremismus – neutral agieren kann und somit ihre Stimme behält“, so die Fraktion. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

Kommunale Finanzen

14.12.2023 – Der Landtag hat sich mit der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) befasst. Das NKF sowie die Kommunale Haushaltsverordnung legten Regeln und Verfahren fest, die Kommunen bei der Verwaltung ihrer Finanzen einhalten müssten, heißt es in einem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/7189). Die derzeitige Ausgestaltung des NKF sowie der Haushaltsverordnung beschränkten „in einigen wesentlichen Punkten die Fähigkeit der Gemeinden, Investitionen in ihr Anlagevermögen flexibel und wirklichkeitsnah zu gestalten“. Das NKF sowie die Haushaltsverordnung müssten weiterentwickelt werden, um kommunale Investitionen zu erleichtern. Die Landesregierung hat den Entwurf für ein

„Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen“ (18/7188) vorgelegt, der in erster Lesung im Plenum mitberaten wurde. Der Antrag der Fraktionen sowie der Gesetzentwurf wurden an den Ausschuss für Heimat und Kommunales (federführend) überwiesen.

Grundsteuerreform

14.12.2023 – Die Große Anfrage „Umsetzung der Grundsteuerreform nach dem Scholz-Modell in Nordrhein-Westfalen – Warum hält der Finanzminister aufgrund des Frage- und Informationsrechts der Abgeordneten zu ermittelnde Erkenntnisse zurück?“ der FDP-Fraktion (18/5107) sowie die Antwort der Landesregierung (18/6491) waren Thema im Plenum. „Die Verärgerung zahlreicher Steuerpflichtiger über die neue Grundsteuerbürokratie nach dem sogenannten Scholz-Modell hält in Nordrhein-Westfalen bei Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Betroffenen unvermindert an“, schreibt die Fraktion in ihrer Anfrage. „Sogar etliche Experten hadern mit der neuen Grundsteuererklärung, die grundsätzlich verpflichtend über das Elster-Onlineportal der Finanzverwaltung zu erledigen ist.“ Die Antwort der Landesregierung umfasst 182 Seiten und nimmt Stellung u. a. zu Abgabefristen, zur Zahl eingegangener Grundsteuererklärungen, Bearbeitungsdauer, Rolle von Steuerberaterinnen und Steuerberatern sowie zu eingereichten Klagen.

Hochwasser und Kriminalität

14.12.2023 – Kriminalität im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat den Landtag beschäftigt. So seien Opfer der Flut zu weiterem Schaden gekommen, etwa durch Plünderungen ihrer Häuser, thematisiert

die AfD-Fraktion in einer Großen Anfrage (18/544). Die Fraktion fragt darin u. a. nach dem Stand der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft und nach Finanzhilfen für die Geschädigten. In ihrer Antwort (18/3080) listet die Landesregierung 632 polizeilich erfasste Eigentumsdelikte auf, dazu 425 weitere Straftaten. Im Zusammenhang mit Eigentumsdelikten seien 275 tatverdächtige Personen ermittelt worden. Bis zum Ende des Jahres 2022 sei es insgesamt zu 54 Anklagen und 56 Strafbefehlen gekommen. Die Landesregierung verwies darauf, dass Opfer von Katastrophen keine Mittel der Stiftung Opferschutz erhalten könnten. Dies entspreche ähnlichen Regelungen in anderen Bundesländern.

Integration

14.12.2023 – Der Landtag hat sich auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen mit sogenannten Erstorientierungskursen für Geflüchtete beschäftigt. In ihrem Antrag (18/6845) kritisieren die Koalitionsfraktionen geplante Kürzungen des Bundes bei diesen Kursen. Die Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden. „In den Landes-einrichtungen wird den Geflüchteten mit den BAMF-Erstorientierungskursen eine erste Anlaufstelle geboten, um die ersten Sprachbausteine zu erlernen“, argumentieren CDU und Grüne. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse hätten diese Menschen später große Schwierigkeiten bei der Integration. Die nordrhein-westfälische Koalition erwarte, „dass der Bund seiner Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht wird und seine Zusage einhält, Erstorientierungskurse als Basis für einen gelungenen Integrationsprozess qualitativ und quantitativ stärken“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. SPD, FDP und AfD stimmten dagegen.